

L-1-024

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-024: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 23 bis 29:

Herausforderungen gerecht werden. Dies bedingt ein differenziertes Hinsehen und offenes Zuhören bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. ~~Einige Lösungsansätze haben eine hohe Relevanz für die BASF wie den Bäckerbetrieb. Oft sind jedoch flexible und zugleich verlässliche Rahmenbedingungen gefragt, die ein Investitionsklima schaffen, dass den Mut zum unternehmerischen Risiko stützt.~~ Notwendig sind differenzierte Lösungsansätze und Rahmenbedingungen für große Konzerne sowie für kleine und mittelständische Betriebe, die den Mut zum unternehmerischen Risiko und für Investitionen stützen. Die unter Aufbietung starker staatlichen Kräfte erfolgte Sicherstellung unserer Energieversorgung nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, in einer

Begründung

Vorschlag zum Fokus auf die relevanten Punkte, es sollten hier keine einzelnen Unternehmen/Betriebstypen explizit genannt werden.

L-1-043

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-043: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 42 bis 44 einfügen:

die Produktion der Unternehmen, den Mobilitätssektor, die Landwirtschaft sowie den Gebäudebereich ermöglichen und unterstützen. Außerdem ist Rheinland-Pfalz auch durch den demographischen Wandel betroffen. Die Zahl der potenziell Erwerbsfähigen wird laut dem Statistischen Landesamt bis 2040 um 8,5% von 2,44 auf 2,23 Millionen Menschen sinken. Dieser großen Herausforderung für Betriebe und Gesellschaft müssen wir mit gezielter Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung, einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie vor allem Maßnahmen zur Fachkräfteeinwanderung begegnen. Diese Aufgaben sind komplex und erfordern ein gemeinsames Handeln von Akteur*innen aller Ebenen. Nur mit diesem

Begründung

Der demographische Wandel (und der dadurch bedingte Arbeits-/Fachkräftemangel)

ist eine große Herausforderung für Wirtschaft & Gesellschaft und sollte daher im
Leitantrag aufgenommen werden.

Unterstützer*innen

Benjamin Kunz (KV Birkenfeld), Astrid Ruppenthal (KV Birkenfeld)

L-1-063

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-063: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 62 bis 64:

ich darein überhaupt investieren? Es ist wichtig sich dabei klar zu machen: Es gibt kein ~~one fits all~~ Patentrezept und die Herausforderungen im Handwerk unterscheiden sich von denen im Dienstleistungssektor und diese von denen in der Industrie.

Begründung

Vorschlag zur sprachlichen Anpassung.

L-1-073

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-073: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 72 bis 73 einfügen:

zu gründen . Das hilft dem Klima und ist Voraussetzung für unsere künftige Wertschöpfung und damit für die Sicherstellung eines nachhaltigen Wohlstands.

Begründung

Erfolgt bei Bedarf mündlich

L-1-109-2

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-109-2: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

In Zeile 109:

Was ~~unterscheidet~~zeichnet GRÜNE Wirtschaftspolitik für Rheinland-Pfalz aus?

Begründung

Vorschlag zur Änderung der Zwischenüberschrift, wirkt hier ansonsten zu generisch (kein RLP-Bezug, kann außerdem nicht den Anspruch haben, für die ganze Partei Wirtschaftspolitik zu definieren).

L-1-109

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-109: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 109 bis 124:

Wir GRÜNE ~~Wirtschaftspolitik unterscheidet sich an einem Punkt fundamental von anderen Parteien: wir~~ stellen an unser politisches Handeln ~~tatsächlich~~ den Anspruch, die entscheidenden Zukunftsfragen nicht nur im Hinblick auf eine Konfliktvermeidung im Sinne des kleinsten ~~möglichen~~ gemeinsamen Nenners zu moderieren, sondern diese langfristig ~~strategisch~~ planbar und partizipativ zu gestalten. Jede*r verantwortungsvolle Unternehmer*in ist sich bewusst, dass Geschäftsmodelle eine permanente Weiterentwicklung und Risikobewertung erfordern, um die eigene betriebliche Zukunft zu sichern. ~~Gerade dann, wenn sie aktuell noch hohe Deckungsbeiträge erwirtschaften.~~ Dieses unternehmerische Prinzip ist auch auf die Politik übertragbar. Denn GRÜNE Politik hat den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor über 20 Jahren eingeleitet und konsequent gestaltet, schützt unsere natürlichen Ressourcen Wasser, Luft, und Boden, unterstützt die Forschung und Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, fördert die Entwicklung nachhaltiger Geschäfts- ~~und~~ sowie Finanzierungsmodelle und stellt mit ihrer zukunftsgerichteten Familien- und Einwanderungspolitik die nötige Fach- und

Begründung

Vorschläge für sprachliche Anpassungen, eine Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

L-1-171

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-171: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 171 bis 175:

- ~~Unsere~~ Eine moderne und zuverlässige Infrastruktur ist das Rückgrat des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstandortes. Um ihre Zukunftssicherheit zu gewährleisten braucht es eine weitergehende Stärkung der öffentlichen Infrastruktur, von Schiene, Fluss und Straße über die Energieinfrastruktur bis zum Ausbau der Glasfasernetze und unserer Bildungssektors. Wir setzen uns für die

Von Zeile 179 bis 182:

- Lebensräume wie auch als zentrale Verkehrswege in Zeiten des Klimawandels zukunftsfit machen, mit neuen Landstromanlagen entlang der Flüsse, der Förderung grüner Schifffahrtsantriebe ~~n~~ aber auch mit der Abladeoptimierung

Mittelrhein. ~~Den ÖPNV~~ Ein gutes Mobilitätsangebot im ganzen Land ist Voraussetzung für Lebensqualität und Standortattraktivität, deshalb wollen wir den ÖPNV und das Pendlerradwegenetz stärken.

Begründung

Ergänzung des Infrastrukturteils mit weiteren Aspekten der Mobilität sowie redaktionellen Änderungsvorschlägen. Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

L-1-182

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-182: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Nach Zeile 182 einfügen:

- Der globale Wettbewerb um zukunftsweisende Technologien ist in vollem Gange. Um die Entwicklung klimaneutraler Innovationen "Made in RLP" zu unterstützen, wollen wir durch den Aufbau von Reallaboren sowie neue Hightech-Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ideale Voraussetzungen schaffen. Dabei sollen insbesondere mittelständische Kooperationen sowie Ausgründungen aus der Forschung unterstützt werden, im Bereich der Biotechnologie hat Rheinland-Pfalz bereits das starke Potenzial vor Ort bewiesen. Für Start-Up-Gründer*innen gibt es mit den modernen Technologie- und Gründerzentren des Landes attraktive Anlaufstellen für Neugründung und Skalierung. Für den ländlichen Raum wollen wir mit dem Aufbau von Technologie-Hubs, grünen Gewerbegebieten und zusätzlichen Coworking-Spaces das unternehmerische Potenzial fördern, davon profitieren auch die Regionen in ihrer Strukturentwicklung. Perspektivisch streben wir eine Start-Up-Strategie für das Land an, die gemeinsam mit allen Stakeholdern entwickelt werden soll. Neben

Aspekten der Nachhaltigkeit sollen auch gemeinwohlorientierte Ideen berücksichtigt werden. Zur Stärkung des Gründungsstandorts Rheinland-Pfalz begrüßen wir die neue Ausrichtung eines jährlichen Start-Up-Summits.

Begründung

Die Bedeutung von neuer Wertschöpfung durch forschungsbasierte Erkenntnisse und insb. Aus-/Neugründungen von innovativen Unternehmen kommt im Entwurf des Leitantrags zu kurz und sollte daher aufgenommen werden.

L-1-195

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-195: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 195 bis 197:

- Mit gezielten Investitionen in die ~~Schulbildung~~ Schul- und Fortbildung wollen wir mehr ~~jungen~~ Menschen fit für Ausbildung und Studium machen sowie die betriebliche Qualifizierung für die Transformation unterstützen. Ein flächendeckendes, dezentrales Angebot an Berufsschulen und dualen Hochschulen stärkt die praxisbezogene Weiterbildung in Rheinland-Pfalz. Die Industrie- und Handwerkskammern sowie die Transformationsagentur RLP wollen wir für die betriebliche Qualifizierung hin zu ~~machen~~ "Green Skills" stärken. ~~Dafür~~ Außerdem fordern wir auch den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zugang zu Schulbildung für Geflüchtete auch

Von Zeile 201 bis 205:

- Wertschätzung schaffen. Ein Eintreten gegen Hass und Hetze in der Gesellschaft gehört ebenso dazu wie eine ~~service-orientierte Unterstützung in den Verwaltungen~~ Serviceorientierte Verwaltung, die sich dafür auch sprachlich öffnen ~~müssen~~ muss. Um eingewanderte Arbeits- und Fachkräfte zu halten, müssen wir auch ihren Familien willkommen heißen.

Begründung

Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

L-1-207

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-207: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Von Zeile 206 bis 217:

- Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Standortes darf nicht von unnötiger Bürokratie ausgebremst werden. ~~In der Regierung sehen wir es als unsere Verantwortung, die Verwaltungsprozesse so zu gestalten und zu digitalisieren, dass sie für Unternehmen und Bürger*innen leicht zugänglich sind und in der Verwaltung schnell bearbeitet werden können. Die unkomplizierte und schnelle Bearbeitung von Anträgen kann eine bedeutende Entlastung für die Unternehmen und die Verwaltung sein ohne inhaltlich in die Regelungen einzugreifen. Dort, wo wir in Verantwortung stehen, sind wir aber immer auch bereit bestehende Regeln zu hinterfragen und Ziele und eingeschlagenen Wege neu abzuwägen. Wir wollen unseren Beitrag beim Bürokratieabbau für Unternehmen leisten, ohne dass die Ziele der ursprünglichen Regelungen aus den Augen verloren werden.~~ Als Teil der Regierung sehen wir es als unsere Verantwortung, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und durchgehend zu digitalisieren, sodass sie für Unternehmen und Bürger*innen leicht zugänglich sind sowie schnell und transparent bearbeitet

werden können. Dort, wo wir in Verantwortung stehen, sind wir bereit bestehende Regeln zu hinterfragen. Wir wollen unseren Beitrag beim Bürokratieabbau leisten und somit für weniger Belastung und mehr Dynamik sorgen. Gerade Aufbewahrungs- und Berichtspflichten gehören im Hinblick auf ihre Zielerreichung auf den Prüfstand, von der analogen Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen bis zu A1-Bescheinigung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen.

Begründung

Sprachliche und inhaltliche Konkretisierung des Absatzes, Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

L-1-194

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-194: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

Nach Zeile 194 einfügen:

- Viele rheinland-pfälzische Unternehmen sind weltweit aktiv, pflegen Forschungsk Kooperationen oder haben internationale Liefer- und Handelsverträge. Dabei merken wir zunehmend die Risiken volatiler Lieferketten, politischer Instabilität oder gar einseitiger Abhängigkeiten. Mit einer Diversifizierung der Importe, einer Stärkung der europäischen Rohstoffgewinnung sowie der Kreislaufwirtschaft wird die wirtschaftliche Souveränität unterstützt. Wir GRÜNE sind fest davon überzeugt, dass die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, unser Wohlstand sowie Klima- und Umweltschutz untrennbar miteinander verbunden sind. Deshalb wollen wir Rheinland-Pfalz als nachhaltigen und resilienten Handelsakteur sowie attraktiven Standort für Direktinvestitionen stärken.

Begründung

Die außenwirtschaftliche Perspektive kommt im Entwurf zu kurz, eine detaillierte Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Unterstützer*innen

Benjamin Kunz (KV Birkenfeld), Astrid Ruppenthal (KV Birkenfeld)

L-1-218

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: LAG Wirtschaft und Finanzen (dort beschlossen am: 19.10.2023)

Titel: **L-1-218: Klimaneutral wirtschaften – für verlässliche Investitionen in den Standort Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres Landes**

Antragstext

In Zeile 218:

Worauf es jetzt ankommt – gemeinsam ~~Klimaneutral werden~~ klimaneutral werden, den Wohlstand und unsere gemeinsame Zukunft sichern!

Begründung

Erfolgt bei Bedarf mündlich.

L-1-033

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Thorsten Becherer (KV Mainz)

Titel: **L-1-033: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

zu bewahren und im vertrauensvollen Dialog mit Unternehmen, Verbänden und Bürgern in lösungs- und gestaltungsorientierte Rahmenbedingungen umzusetzen. Wir schaffen Planungssicherheit für Unternehmen. Diese ist entscheidend damit die Wirtschaft in die Zukunft investiert.

Begründung

Mut und Flexibilität sind wichtig. Aber nicht alleine. Aktuell investieren Unternehmen oftmals lieber im Ausland weil sie in Deutschland keine Planungssicherheit haben. Aktuell zum Beispiel durch den völlig überraschend kurzfristige Nicht-Verlängerung des Spitzenausgleichs. Und parallel dazu keiner Entscheidung zum Transformationsbrückenpreis. Wir Grüne müssen klar stellen, dass wir Veränderung wollen und wie wir die Weichen langfristig stellen. Unternehmen haben weniger Probleme mit Veränderungen, aber sie brauchen Klarheit was kommt. Eben

Planungssicherheit. Dieses Wort ist sehr wichtig zu verwenden.

Unterstützer*innen

Hanna Ursula Thiele (KV Mainz)

L-1-175

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Thorsten Becherer (KV Mainz)

Titel: **L-1-175: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 174 bis 176 einfügen:

- Schiene, Fluss und Straße über Energieinfrastruktur bis zum Ausbau der Glasfasernetze und unserer Bildungssektors. Wir setzen uns in der Mobilität für die Revitalisierung des Schienennetzes, die Instandhaltung bestehender

Von Zeile 181 bis 182 einfügen:

- Förderung grüner Schifffahrtsantrieben aber auch mit der Abladeoptimierung Mittelrhein. Den ÖPNV wollen wir stärken. Bei der Energieinfrastruktur setzen wir uns für den Ausbau der Strominfrastruktur ein, weil die Elektrifizierung ein Schlüssel ist um die Wirtschaft, insbesondere die Industrie zu dekarbonisieren. Außerdem wollen wir die Wasserstoffinfrastruktur und Erzeugungskapazitäten ausbauen. Grüner Wasserstoff ist ein Schlüssel um die Industrieprozesse zu

dekarbonisieren, die nicht elektrifiziert werden können. Außerdem ist die Wasserstoffinfrastruktur ein entscheidender Speicher wenn der Ausbau von Wind und Solar voranschreitet. Dadurch erreichen wir langfristig die günstigsten Energiekosten und somit einen Wettbewerbsvorteil für unsere dekarbonisierte Wirtschaft.

Begründung

In dem Absatz wird zunächst die Infrastruktur für Verkehr, Energie, Breitband etc. angesprochen. Dann folgen allerdings ausschließlich Verkehrsbeispiele. Das wird uns Grünen aus der Wirtschaft oft vorgeworfen. Dass wir Expertise im Verkehr haben, aber nicht beim Energieeinsatz in der Wirtschaft, insbesondere der Industrie. Deswegen beantrage ich diese Änderung. Elektrifizierung und der Einsatz von Wasserstoff sind entscheidend für die Wirtschaft bei wachsendem Ausbau von Solar und Wind. Ohne den Ausbau der Strom- und Wasserstoffinfrastruktur wird es ein massiver Wettbewerbsnachteil.

Unterstützer*innen

Hanna Ursula Thiele (KV Mainz), Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim), Fabian Collierius (KV Rhein-Hunsrück), Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße)

L-1-217

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Thorsten Becherer (KV Mainz)

Titel: **L-1-217: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Nach Zeile 217 einfügen:

- Wir erkennen an, dass die energieintensive Industrie in Deutschland aktuell unter den besonders gestiegenen Strompreisen, auch im Vergleich zu anderen Ländern, leidet. Die Produktionsmengen in den energieintensiven Industrien sind deutlich gesunken. Bis die klaren Kostenvorteile der Erneuerbaren Energien ankommen, sprechen wir uns dafür aus, Wirtschaft und die Industrie durch eine kurzzeitige Entlastung der Strompreise zu unterstützen. Diese Subvention **muss aber Teil eines Maßnahmenpakets** sein und darf nicht als Einzelmaßnahme stehen: Erneuerbare Energien müssen schneller ausgebaut werden und dafür sorgen, dass die Industrie mehr erneuerbaren Strom einsetzt. Gleichzeitig fordern wir von der Industrie ihre Potentiale zur Flexibilisierung ihres Verbrauchs zu nutzen. Über viele Jahre wurde die Industrie aufgrund der fossilen Stromerzeugung angereizt 24h am Tag, 365 Tage im Jahr gleichmässig Energie zu verbrauchen. Wir wollen diese fossilen Subventionen abschaffen und nutzen um die Flexibilisierung des Verbrauchs voranzutreiben. Das ist ein entscheidender Baustein in einer zukünftigen erneuerbaren Welt mit viel

Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die dadurch sinkenden Kosten werden zukünftig zu einem großen Wettbewerbsvorteil unserer dekarbonisierten Wirtschaft werden.

Begründung

Dieser ÄA beinhaltet zwei Punkte, die aber eng miteinander verwoben sind. Die Anerkennung der aktuellen hohen Energiepreise nach dem Ausstieg aus dem russischen Gas ist sehr wichtig um zu zeigen, dass wir der Industrie zuhören und mit Ihnen gemeinsam nach zukunftsfähigen Lösungen suchen.

Noch wichtiger ist in dieser Verbindung jedoch die Flexibilisierung des Verbrauchs. Dies ist ein riesiges Potential die Kosten der Energiewende zu senken und die Effizienz zu steigern. Wir Grüne sollten dieses Thema vorantreiben und immer wieder ansprechen. Keine der anderen Parteien hat diesen Weitblick bereits. Die BAG Energie hat bereits mehrere Beschlüsse dazu gefasst und auch die Agora oder Experten wie Lion Hirth hat die Wichtigkeit dieses Punkts für die Energiewende mittlerweile entdeckt und kämpft dafür. Viele fossile Subventionen und z.B. das Energiemarktdesign können wir auf Landesebene wenig beeinflussen. Es ist aber wichtig, dass wir das Thema adressieren. Dadurch zeigen wir unsere Wirtschafts- und Energie-Kompetenz und verstärken die Botschaft dass wir die Partei der konkreten Lösungen und der Zukunftsorientierung sind.

Unterstützer*innen

Hanna Ursula Thiele (KV Mainz)

L-1-073-2

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Daniel Köbler (KV Mainz)

Titel: **L-1-073-2: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 73 bis 76:

Der Erfolg der klimaneutralen Transformation ist auch eine sozialpolitische Aufgabe. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist bereits heute die größte Herausforderung für die Wirtschaft im Land. Um dem zu begegnen muss Arbeit auch fair gestaltet und entlohnt werden. Wir setzen uns für eine spürbare Erhöhung des Mindestlohns ein, damit sich die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Jobs im Niedriglohnbereich lohnt.
~~Der Erfolg der klimaneutralen Transformation ist auch eine sozialpolitische Aufgabe.~~ Dem Ende von Geschäftszweigen, die ausschließlich auf fossilen Energien beruhen, steht ein enormes Wachstum von Arbeitsplätzen in grünen Technologien

Von Zeile 87 bis 96:

Eine gelebte Sozialpartnerschaft ist essenziell für eine erfolgreiche sozial-ökologische Marktwirtschaft, daher ~~unterstützen~~wollen wir die Tarifbindung in allen Branchen stärken.

Um Lücken zu schließen, wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. ~~Die Transformation muss auch außerhalb der Unternehmen sozial gerecht gestaltet werden. Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Klimageld ist hier das zentrale Instrument. Finanzielle Belastungen müssen vor allem für Menschen ausgeglichen werden, die nicht viel Geld zur Verfügung haben. Wir setzen uns für eine schnelle Auszahlung des Klimageldes ein. Die Transformation ist ohne sozialen Ausgleich in ihrer Akzeptanz gefährdet.~~

Als Land müssen wir hier mit gutem Beispiel vorangehen. Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren im Rahmen des Landestariftreuegesetzes für Tariftreue und Mindestentgelte bei öffentlichen Aufträgen ein. Wir müssen nun aber das Landestariftreuegesetz mit sozialen und ökologischen Aspekten fortentwickeln und die Förderung von Auszubildenden, die Beschäftigungsförderung im Rahmen der Diversity und Nachhaltigkeitsaspekte aufnehmen. Wir GRÜNE wollen Aufträge und Vergaben des Landes auch an die Einhaltung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen knüpfen. Auch die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen muss dringend verbindlicher geregelt sowie konsequent kontrolliert und sanktioniert werden.

Die Transformation muss auch außerhalb der Unternehmen sozial gerecht gestaltet werden. Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Klimageld ist hier das zentrale Instrument. Finanzielle Belastungen müssen vor allem für Menschen ausgeglichen werden, die nicht viel Geld zur Verfügung haben. Wir setzen uns für eine schnelle Auszahlung des Klimageldes ein. Die Transformation ist ohne sozialen Ausgleich in ihrer Akzeptanz gefährdet.

Begründung

In der Debatte um den Mindestlohn und die Tarifbindung sollten wir uns klar positionieren und als Land Rheinland-Pfalz mit gutem Beispiel vorangehen. Damit stärken wir im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte auch den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

L-1-185

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Lisett Stuppy (KV Donnersberg)

**Titel: L-1-185: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 184 bis 189:

- der vielen Mitarbeiter*innen. Noch immer liegt ein großes Potential für Arbeits- und Fachkräfte im Land brach. ~~Nach wie~~Den allgemeinen Fach- und Arbeitskräftemangel können wir durch umfangreiche Bemühungen bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, mit der Berücksichtigung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, dem Ausbau der Berufsorientierung an den Bildungseinrichtungen, mittels Ausbildungsmessen und vor ~~leisten Frauen~~ allem Praxiserfahrungen, attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten sowie der Überwindung von Geschlechterklischees begegnen. Diese Maßnahmen zur Fachkräftesicherung werden ein entscheidender Faktor für den ~~größten Teilwirtschaftlichen~~ Erfolg der ~~familiären Sorgearbeit, unterbrechen dafür ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten danach nur noch~~ Unternehmen sein, gerade dann wenn kleine Betriebe nicht alleine diese Bemühungen stemmen können. In dem Zusammenhang spielt auch die Gleichstellung in ~~Teilzeit oder einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis~~ der Arbeitswelt eine wichtige Rolle. Sie bringt entscheidende Wettbewerbsvorteile für die Unternehmen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist deshalb nicht nur ein gesellschaftspolitisches Projekt, sondern

Von Zeile 192 bis 194:

- Investitionen in Kinderbetreuung oder passenden Arbeitszeitmodellen die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um **FrauenEltern** den (Rück-)Weg in den Beruf zu eröffnen. Neben den Themen Frauen in Führungspositionen, weibliche Unternehmensnachfolge und Sichtbarkeit von Gründerinnen, müssen wir echte Frauenförderung in der Wirtschaft etablieren, dem Gender Pay Gap entschieden entgegenzutreten sowie diskriminierungsfreie und klischeefreie Arbeitsumfelder schaffen. Damit insbesondere Mütter den Weg zurück in den Beruf schaffen, braucht es außerdem Anstrengungen um den Gender Care Gap zu schließen. Vor diesem Hintergrund ist eine Reform des Elterngeldes wichtig.

Unterstützer*innen

Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm)

L-1-064

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Lisett Stuppy (KV Donnersberg)

Titel: **L-1-064: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:

gibt kein ‚one fits all‘ und die Herausforderungen im Handwerk unterscheiden sich von denen im Dienstleistungssektor und diese von denen in der Industrie. Gerade die Vielfalt unserer Unternehmen und Betriebe macht uns in Rheinland-Pfalz aus. Die Industrie, der Mittelstand oder das Handwerk - sie alle sind eine wichtige Grundlage unserer Wirtschaft. Deshalb ist der politische Austausch mit den Betrieben, Kammern, Innungen und Fach- sowie Unternehmensverbänden so wichtig für die Herausforderungen die wir alle gemeinsam anpacken müssen.

Unterstützer*innen

Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm)

L-1-033-2

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße)

Titel: **L-1-033-2: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

zu bewahren und im vertrauensvollen Dialog mit Unternehmen, Verbänden und Bürgern in lösungs- und gestaltungsorientierte Rahmenbedingungen umzusetzen. Die gestiegenen Energiepreise und das noch zu geringe Angebot an Erneuerbaren Energien stellen insbesondere für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen, die sich im Prozess der Transformation befinden oder in diesen einsteigen, eine besondere Herausforderung dar. Um hier wirtschaftliche Einbrüche zu verhindern, die auch Auswirkungen auf vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsketten in Rheinland-Pfalz haben, fordern wir einen zeitlich begrenzten Brückenstrompreis, der an eine Umsetzung von Maßnahmen zur Dekarbonisierung, Energieeffizienzsteigerungen und die Erhöhung des Strombezugs aus erneuerbaren Quellen gekoppelt wird. Gleichzeitig ist für uns die Eigenstromversorgung insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen ein wichtiger Baustein zu einer dezentralen Energiewende. Wir treten deshalb für eine gezielte Entlastung von Abgaben und Auflagen für selbst erzeugten und selbst verbrauchten Strom innerhalb eines lokalen Zusammenhangs zu den jeweiligen Produktionsanlagen ein.

Begründung

Der Text des Änderungsantrags ist eine auf der Grundlage der Diskussion in der LAG Wirtschaft und Finanzen am 19.10.23 von Michael Hauer und Ernst-Christoph Stolper erarbeitete Formulierung.

Der Änderungsantrag trägt der Tatsache Rechnung, dass die GRÜNEN in Bundes- und Landesregierung sich für einen Brückenstrompreis einsetzen, um Brüche in der Transformation der Industrien zu vermeiden, die im internationalen Wettbewerb stehen und sich auf dem Weg zu einer Umstellung auf Erneuerbare Energien befinden.

L-1-160

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Titel: **L-1-160: Klimaneutral wirtschaften – für
verlässliche Investitionen in den Standort
Rheinland-Pfalz und den Wohlstand unseres
Landes**

Antragstext

Von Zeile 160 bis 170:

- Um ~~die~~ Investitionen ~~der Wirtschaft~~ in die klimaneutrale Transformation zu unterstützen und Privatkapital zu mobilisieren, wollen ~~wir neue Wege gehen, in dem~~ wir die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) nach dem Vorbild der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu einer echten Klima-Investitions-Bank ~~wandeln, mit~~ weiterentwickeln. Mit Grünen Anleihen (Green Bonds) soll die Refinanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte ~~ermöglichen~~ ermöglicht werden. Förderprogramme und Gründungs-/Investitionskredite des Landes sollen klar auf ~~eine~~ die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ausrichten ausgerichtet werden und Anreize für Zukunftsinvestitionen schaffen. Die Handlungsmöglichkeiten der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz sollen ausgeweitet werden, um verlässliche Rahmenbedingungen für Transformationsprojekte zu schaffen und Finanzierungshürden abzubauen. Grüne Geschäftsmodelle und somit letztlich die Erreichung der Klimaziele darf nicht an schlechten Finanzierungschancen scheitern. Mit einem landeseigenen

Förderprogramm für Forschung und Entwicklung, speziell für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Branchen digitale Zukunfts- und Schlüsseltechnologien, erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz und innovative Mobilität, wollen wir ~~unseren~~unsere Startups und den Mittelstand als Motor für Wachstum und Innovation der Zukunft unterstützen.

Begründung

Die Idee der Weiterentwicklung der ISB zu einer „Klimabank“ fußt auf der Entwicklung der Europäischen Investitionsbank (EIB), welche ein klares politisches Mandat zur Transformationsförderung/-finanzierung hat (siehe: <https://www.eib.org/de/about/priorities/climate-action/cbr/index.htm>) – es geht also nicht um eine Umbenennung, sondern eine Repriorisierung von Aufgaben/Zielen der ISB. Es wäre außerdem eine sinnvolle GRÜNE Forderung, wenn neben der Transformations-Ausrichtung von Förderprogrammen auch Gründungs-/Investitionskredite stärker auf grüne Ziele ausgerichtet werden. Die Möglichkeiten der Bürgschaftsbank RLP (max. Bürgschaftshöhe von € 1,25 Mio.) sowie der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft RLP (max. Beteiligung von € 1,5 Mio.) decken nicht die Finanzbedarfe größerer Transformationsprojekte ab und sollten deshalb perspektivisch erhöht werden. Darüber hinaus erhält der Antrag einige redaktionelle Anpassungen, wie z.B. die Ergänzung von Fachbegriffen.

S-1-011

Antrag

Landesdelegiertenversammlung am 4. November 2023 in Saarburg

Initiator*innen: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Titel: **S-1-011: Anpassung der
Unterstützer*innengrenzen für LDV-Anträge**

Antragstext

Von Zeile 10 bis 13:

Landesarbeitsgemeinschaften, die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz, die GKomV e.V., sowie mindestens ~~30~~15 Mitglieder mit einem gemeinsamen Antrag. Änderungsanträge zu Anträgen können von mindestens ~~10~~3 Mitgliedern an die LDV gestellt werden. Änderungsanträge müssen spätestens zwei Tage vor Beginn der LDV vorliegen. Dies

Begründung

Die Grünen sind und bleiben eine basisdemokratische Partei. Während sich MdLs und Parteivorstände mit ihren Verbindungen in die Partei mit den genannten neuen Zahlen leicht tun werden, sind die "30" und "10" Größenordnungen, mit denen ein einfaches Mitglied nicht klar kommt. Das liefe im Ergebnis auf eine Ungleichbehandlung der Parteimitglieder hinaus, die an dieser Stelle nach meinem Verständnis aber gleichberechtigt sind, d.h. gleiche Rechte und somit gleiche Chancen auf das Einbringen von Anträgen haben sollten. Zudem wird dadurch manche gute Idee und Ergänzung untergehen und nicht wahrgenommen. Neben der ungleichen Einschränkungen der persönlichen - eben

stark unterschiedlichen - Möglichkeiten geht unserer Partei dadurch die eine oder andere gute Idee verloren. Eine Erhöhung auf 3 Mitglieder bei den ÄAs ist machbar und vertretbar, eine Verzehnfachung der nötigen Stimmen nicht sinnvoll.

In den LDVen der letzten Jahre kann ich mich nicht erinnern, dass irgendwann Zeitnot bei der Behandlung der Anträge aufgekommen wäre.

Interessant ist, dass der Antragsteller die bisherigen Zahlen unerwähnt lässt:

"... sowie **10 Mitglieder** mit einem gemeinsamen Antrag. **Jedes Mitglied** kann Änderungsanträge zu Anträgen an die LDV stellen. "

Es wird also eine Verdreifachung (von 10 auf 30) und eine Verzehnfachung (von 1 auf 10) gefordert. Ebenfalls interessant, dass diese Verschärfung mit der Zunahme der Mitglieder begründet wird (die sich leider auch ganz schnell wieder ändern kann), während die Delegiertenzahlen nicht angepasst werden sollen. DAS wäre mindestens genauso begründbar und im Rahmen der eingangs erwähnten Basisdemokratie (Mehr Beteiligung der Basis) sinnvoll.

Unterstützer*innen

Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Christian Masser (KV Südliche Weinstraße), Henning Singer (KV Südliche Weinstraße), Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell), Peter Ziegler (KV Südliche Weinstraße), Benjamin Kunz (KV Birkenfeld), Thomas Boehmsdorff (KV Altenkirchen)